

THEOLOGISCHER ARBEITSKREIS IN OSTFRIESLAND¹

„Neige deine Ohren zu mir, höre meine Rede!“ (Ps17,6)

Zum Umgang mit dem „Kairos-Dokument der Christinnen und Christen in Palästina“²

Wir sehen in den offiziellen Reaktionen unserer Evangelischen Kirche zum KD und zum **Konfliktfeld Israel/Palästina** einen Ausdruck aufrichtiger Sorge um Israel und die Mühe um kirchen-diplomatische Ausgewogenheit auf dem Hintergrund tatsächlicher oder konstruierter antisemitischer Tendenzen in Kirche und Gesellschaft. Wir vermissen aber einen biblisch-theologisch begründeten Umgang mit dem KD und seinem Hintergrund und, darauf aufbauend, weiterführende, konstruktive Impulse für die eskalierende Entwicklung in Nah-Ost und weltweit. Darum **rufen wir alle Christen, Kirchen und politisch Verantwortlichen auf zu klarer Positionierung und zu konkretem Handeln im Licht des unteilbaren, gerechten Friedens Gottes.** Zur Begründung:

1. Das Kairos-Dokument und sein Kontext

a) Die Verfasser

Die Verfasser des KD, Christinnen und Christen im von Israel besetzten Teil Palästinas, verstehen sich als Opfer einer religiösen, politischen, sozialen und historischen Unrechts- und Gewaltgeschichte, die jegliche Hoffnung und Entwicklungsmöglichkeiten in Gegenwart und Zukunft verhindert und zerstört. Das Dokument versteht sich als **Hilfeschrei der Ohnmacht und als Analyse der augenblicklichen Situation.** Es verbindet die Leidenden untereinander und holt sie aus der Isolation und Zerstreuung, es macht die Verfasser innerhalb ihrer arabischen Umwelt als mit allen Menschen **(auch mit Muslimen) solidarische Christen** kenntlich, und es ruft die Mit-Christen der Welt zum Gebet und zur tätigen Solidarität mit den leidenden Geschwistern auf und will sie wachrütteln, um den Zeitpunkt notwendigen Handelns aus dem Glauben an Jesus Christus heraus, also den Kairos, nicht zu verpassen.

b) Der Kontext

¹ Der THEOLOGISCHE ARBEITSKREIS OSTFRIESLAND ist seit der Zeit der Bekennenden Kirche ein ökumenischer Kreis von TheologInnen und Laien, der sich auf seinen regelmäßigen Treffen der Förderung der Predigtkultur und dem theologisch-gesellschaftspolitischen Diskurs verpflichtet hat. Dieser Aufruf ist eine Reaktion auf die Stellungnahme des Exekutivausschusses der Evangelischen Mittelost Kommission (EMOK vom 22.4.2010) und der Kirchenkonferenz der EKD (vom 31.8. 2011) zum Kairos-Palästina-Dokument, sowie auf die Stellungnahme des Theologischen Ausschusses und des Moderaments der Ev.-reformierten Kirche im Februar/September 2011 sowie auf den Brief des Kirchenpräsidenten an den theologischen Arbeitskreis Ostfriesland vom 7. September 2012.

² Im folgenden „KD“ abgekürzt

Das Dokument spricht die Sprache von Menschen, die täglich mit struktureller und akuter Gewalt konfrontiert sind, nicht erst seit Monaten oder Jahren, sondern seit Generationen. Das Kairos-Palästina-Dokument ist eine Verdichtung und Zuspitzung dieser langen Leidenszeit nicht zuletzt aufgrund aktueller Zuspitzungen der dortigen Lebenswirklichkeit. **Es beschreibt aus der Sicht der Opfer die Leiden konkret und sachlich, was eine hohe innere Zurückhaltung** und Disziplin der Verfasser trotz ihres Leidensdruckes zeigt, ein Wunder, das wir als Werk Gottes nur würdigen können.

Die **Sprache der Opfer hat eine eigene Würde und ihr eigenes Recht**. Ihr Schrei braucht sich nicht zu rechtfertigen, er ist im tiefsten Sinne wahr. Nur die Distanziertheit eines Pilatus kann im Anblick eines zu unrecht Gefesselten fragen: „Was ist Wahrheit?“ (Joh 18,38). Die Sprache der Opfer darf nicht tränenfrei gemacht werden. **Weder Welt noch Kirche haben das Recht, den Schrei der Opfer in Frage zu stellen**. Vielmehr haben sich beide zu rechtfertigen vor diesem Schrei, der das Leiden Gottes in der Welt widerspiegelt. Der Schrei der Opfer stellt die Welt, wie sie konkret ist, in Frage. Er verweist auf die Unerlöstheit der akuten Lebenssituation. Er verweist auf das ersehnte Heilwerden aller Lebensbereiche und Individuen, das von Gott her verheißen ist. Man kann und darf die Sprache der Opfer auch nicht messen an der Sprache nüchterner Reflexion und sie demgegenüber abwerten. Die Sprache der Opfer aus der Rolle eines Belehrenden zu korrigieren, bedeutet eine zweite Entwürdigung der Opfer. Die Stellungnahme der EMOK zeigt in ihrer Wortwahl solche Tendenzen, von denen wir uns distanzieren.

Unsere Schwestern und Brüder in Palästina legen mit ihrem „Wort des Glaubens“ von der Versöhnungswirklichkeit Christi ein mutiges Zeugnis (Martyrium) zwischen allen Fronten der Gewalt ab. Ihre Gegenwart in Palästina und der Wille, dort im Glauben standhaft zu bleiben, kann nicht hoch genug in seiner Bedeutung für den dortigen Frieden eingeschätzt werden. **Zusammen mit Friedenswilligen unter Juden und Muslimen** setzen sie sich aktiv gegen den breiten Strom der Gewalt **für Versöhnung durch Gerechtigkeit** ein. Ihr Glaube braucht unsere Fürbitte, unsere ungeteilte Solidarität und tätige Unterstützung. **Wir können nicht tatenlos zusehen**, wie dieser Friede langsam aber stetig aus dem Land vertrieben wird durch Desillusionierung und Abwanderung vor allem der jüngeren Generation.

c) Die Realität

Die Verfasser beklagen allgemein die hohle Phrase vom Frieden im Nahen Osten gegenüber der Realität israelischer Besetzung palästinensischer Gebiete und dem Verlust von Freiheit durch...

- a) **die Trennmauer, die Dörfer und Städte zu Gefängnissen** macht, sowie den Gaza-Streifen unter Blockade stellt,

- b) durch den **Diebstahl von Land** durch israelitische Siedlungen im Westjordanland und **Vertreibung aus Ostjerusalem**, systematische Zersiedelung palästinensischen Lebensraums, **Verhinderung eines** homogenen **Staatsgebietes**
- c) durch Kontrolle von **natürlichen Ressourcen, auch Wasser und Ackerland**, und damit die Verhinderung einer politischen Lösung,
- d) durch **tägliche Demütigungen** an den Kontrollpunkten und Grenzübergängen Richtung Arbeitsplatz, Schule oder Krankenhaus,
- e) durch **Trennung von Familien** bei ungültigen oder fehlenden Pässen,
- f) durch die **Einschränkung der Religionsfreiheit**, wenn arabische Christinnen und Christen nicht über die Grenze dürfen oder der Zugang zu Heiligtümern verwehrt wird,
- g) durch immer noch tausende **Flüchtlinge in Flüchtlingslagern** außerhalb Israels und ungezählte Häftlinge in israelischen Gefängnissen,
- h) durch Abschottung der Palästinenser von Jerusalem,
- i) durch Beschlagnahmung oder **Zerstörung palästinensischer Häuser** in der Stadt des Friedens,
- j) durch **Missachtung des Völkerrechts** und **internationaler Resolutionen** durch die Politik Israels sowie die Untätigkeit der arabischen Welt wie auch der Weltgemeinschaft der Völker angesichts dieser Missachtung
- k) durch ein **Zweiklassenrecht** für Bürger ein und desselben Staates
- l) durch die Auswanderung vieler, vor allem junger Palästinenser und das langsame Ausbluten der Gesellschaft und der christlichen Gemeinden
- m) durch die Rechtfertigung jeden Unrechts als Maßnahme zur Selbstverteidigung gegen den Terrorismus,
- n) durch die **Aufspaltung der Palästinenser** in politische und gewaltbereite Gruppen,
- o) durch **Missachtung des** erklärten und konstruktiven **Volkswillens** nach den demokratischen und gesetzmäßigen Wahlen von 2006 durch die internationale Gemeinschaft.

Auf der **einen Seite der Mauer** sehen wir also Menschen, die als Bürger eines demokratischen **Rechtsstaates** über Rechtssicherheit, Land, Nahrung, Wasser, Entwicklung und Freizügigkeit etc. verfügen. Auf der **anderen Seite der Mauer** sehen wir Menschen, die **das alles** nicht oder nicht im gleichen Umfang haben und für viele auch **nicht haben sollen**. Zu diesen von den Verfassern selbst genannten Realitäten möchten wir aus unserer deutschen Geschichte und unserer Außenperspektive weitere Aspekte hinzufügen:

- p) **Traumatisierungen**
 Beide Seiten, die Menschen in Israel und die Menschen in Palästina, haben zugleich ihre je eigene traumatische Vergangenheit. Die einen leiden vor allem an dem allgegenwärtigen Trauma des Holocaust mit allen schrecklichen Implikationen, die neben den frühen arabischen Überfällen nach der Staatsgründung bis heute nachwirken und ein hohes Sicherheitsbedürfnis begründen. Die anderen leiden am Trauma der „Nakba“ (arab: Unglück, Katastrophe), ihrer eben mit der Staatsgründung

Israels direkt verbundenen gewaltsamen Vertreibung, der jahrzehntelangen Zerstreuung in provisorischen Flüchtlingslagern, ihrer gegenwärtigen Entrechtung und Zersplitterung mit dem scheinbar unerreichbaren Traum nach eigener Heimat, Identität, Sicherheit und Entwicklung. **Friede kann nur werden, wenn beide Traumatisierungen ernst genommen werden.**

q) Ideologisierungen

Beide Seiten haben sich zudem über ihre eigene Geschichte hinaus auch selbst verantwortetes Leid zugefügt, das zugleich der anderen Seite schadet. Die berechtigte Angst vor einer erneuten Schändung des jüdischen Volkes durch die weitgehend offene Feindschaft der arabischen Umwelt hat auch zu einer tief sitzenden ideologischen Einbahnstraße geführt. Der Traum von der eigenen Unverwundbarkeit durch militärische Stärke ist spätestens seit dem „erfolgreichen“ Sechs-Tage-Krieg 1967 zu einem Mythos geworden, der sich je länger je mehr zum Alptraum und zur Gefahr für Israel und die ganze Region entwickelt hat. **Sicherheit als Abschottung vor den anderen verschärft die Gewaltbereitschaft nach außen und den Zerfall der Gesellschaft nach innen.** Hinzu kommen Tendenzen religiöser Selbstüberhöhung, die andere abwertet, sich selbst als Opfer stilisiert und sich damit gegenüber jeder Kritik von außen immunisiert. Noch brisanter ist eine Instrumentalisierung des Holocaust für politische Eigeninteressen in Parteien und Staat. Die zunehmende Militarisierung und Ideologisierung der israelischen Gesellschaft raubt auch immer mehr jüdische Menschen, nicht nur kritischen Künstlern, die Luft zum Atmen und treibt sie ins Ausland.

Auf Seiten der Palästinenser ist z.T. immer noch der Irrglaube lebendig, durch terroristische Gewalt eine endgültige Befreiung des eigenen Volkes bewirken zu können. Dazu kommt der Gruppendruck, diesem Glauben gar nicht abschwören zu dürfen, um nicht als Verräter an der Sache Palästinas zu erscheinen. Eine **durch Besatzung und Selbstzersplitterung** mangelhafte politische Infrastruktur in Palästina **fördert zudem den Terror. Fehlende staatliche Strukturen fördern die Privatisierung der Gewalt.**

Der „Mythos von der (scheinbar) erlösenden Kraft der Gewalt“ steht aber auf beiden Seiten immer noch in Geltung, wenn auch zunehmend gebrochen. Die Mehrheit auf beiden Seiten ist der Gewalt und des Krieges wohl müde. Und dennoch geht der Teufelskreis aus Anklage und Selbstrechtfertigung, aus Gewalt und Gegengewalt weiter. Auf diesem Hintergrund ist die **Mauer Israels** nicht nur ein **Symbol der Angst**, sondern auch ein weiterer Grund, jeder Begegnung und Entfeindung im Denken und Handeln zu entkommen und die **gegenseitige Dämonisierung weiter betreiben zu können.**

r) Fremdinteressen

Wenig dialogfördernd ist auch die Parteinahme und militärische Aufrüstung der Streitparteien durch ihre jeweiligen Bündnispartner und der internationale Missbrauch der Menschen und Infrastrukturen in Israel und Palästina für fremde religiöse, ideologische, wirtschaftliche oder geostrategische Eigeninteressen. Dazu gehören nicht nur die Akteure im Nahen Osten und Russland, sondern auch die USA und ihre Verbündeten inklusive eines christlichen Fundamentalismus, der das Heil des Volkes Israel allein an den Landbesitz bindet. Die Vermittlungsversuche im Friedensprozess werden unter diesen partikulären Fremdinteressen auch in Zukunft scheitern, wenn nicht ein generelles Umdenken stattfindet unter alleiniger Führung der UNO und Mitarbeit aller beteiligten Parteien.

s) Die Frage der Hauptverantwortung

Beide Leidensgeschichten, die des Volkes Israel wie auch die der Palästinenser, gehören untrennbar zusammen, müssen aber voneinander unterschieden werden, um dem Leid jeder Seite gerecht zu werden. Da Israel aber als verfasster demokratischer Staat die stärkere politische und militärische Macht ist, hat es auch die größere Verantwortung für den zukünftigen Friedensprozess. Wer Israel liebt und es nicht in diese Hauptverantwortung ruft, verkennt nicht nur die Realität, er wird selber mitverantwortlicher Teil der Katastrophe, in die auch die Bevölkerung und der Staat Israel immer tiefer rutscht bis die ganze Region – und mit ihr vielleicht die Welt insgesamt - im Chaos versinkt.

Die biblische Verheißung an Israel als erwähltem Volk Gottes darf als Zuspruch und Anspruch nicht aufgegeben werden: Jerusalem kann und soll die Stadt des Rechtes Gottes werden, wo alle Völker wohnen können, vereint um dem Gott der Gemeinschaftstreue mit Israel und allen Völkern als Friedenszeichen für die ganze Welt. Der nach der jüngsten Anerkennung Palästinas als Beobachterstaat durch die UNO von Israel angekündigte Bau von 3000 weiteren jüdischen Wohneinheiten in Ostjerusalem, die dadurch vorangetriebene Vertreibung der Palästinenser und die gezielte Zerschneidung der Westbank widerspricht dagegen nicht nur den Osloer Vereinbarungen, sondern der Friedensverheißung Gottes an Israel und seinen Schutzbefohlenen, den fremden Nachbarn.

Trotz oder gerade wegen dieser Leiden am widerfahrenen Unrecht versteht sich das KD als ein „Wort des Glaubens, der Hoffnung und der Liebe inmitten unserer Katastrophe“. Es ruft uns heraus, unseren eigenen Ort in diesem Konflikt kenntlich zu machen und entsprechend zu handeln in Kirche und Gesellschaft. Das beinhaltet notwendig auch, sich um der Gerechtigkeit Gottes willen selber angreifbar zu machen. Sie allein ist der Grund für die Möglichkeit von Frieden im nahen Osten. Doch das Leitbild des gerechten Friedens, entfaltet in EKD-Friedensdenkschrift von 2007, findet im EMOK-Papier keinerlei Erwähnung oder praktische Anwendung. Der dortige Aufruf zum Handeln muss darum inhaltlos, appellativ und damit wirkungslos bleiben.

2. Wo steht Gott und was bedeutet die biblische Landverheißung?

- a) Die jüdisch-christliche Tradition zeigt in der Bibel, wie Gott sich auf besondere Weise zu Opfern von Unrecht und Gewalt in Beziehung gesetzt hat und immer noch setzt. An **zentraler Stelle im Alten Testament** bei der Berufung Mose, „verbindet“ sich Gott mit den Leiden seines unterdrückten Volkes in der Knechtschaft in Ägypten. **„Ich habe das Elend meines Volkes in Ägypten gesehen und ihr Geschrei über ihre Bedränger gehört; ich habe ihre Leiden ‚erkannt‘ “** (Ex 3,7). Darum wird Gott sie aus dieser Knechtschaft befreien und „in ein Land führen, wo Milch und Honig fließen“. Dass Gott die Leiden seines Volkes ‚erkennt‘ hat, meint kein distanzierendes ‚Zur-Kennntnis-Nehmen‘. Das hebräische Wort für ‚erkennen‘ (jada) heißt soviel wie **„verbinden“, „vermählen“, „eins werden“** (vgl auch Gen 4,1). Wenn Gott das Leid seines Volkes „erkennt“, solidarisiert er sich also mit diesem Leid, genauer: Gott macht sich das Leid der Unterdrückten zu eigen. Darin liegt aber keine Exklusivität Israels begründet, vielmehr geht es bei der Erwählung Israels um die Exklusivität *Gottes*, der, anders als alle anderen Götter, Herren und Mächte generell nicht will, dass Menschen in Knechtschaft leben. Darum erinnert Gott sein eigenes Volk, als es sesshaft geworden ist, immer wieder daran, gerade die Witwen, Waisen und Fremdlinge im eigenen Land nicht zu bedrücken (vgl. z.B. Ex 22,20ff). Gottes Zuwendung zu den Schwächeren und Leidenden ist also universal. Die Universalität dieser Gerechtigkeit Gottes wird aber am exklusiven Beispiel Israels als sein Heil und als Zeichen für alle Völker ein für alle Mal aufgerichtet. Israel ist erwählt, um im Alltag aller Lebensbereiche des Volkes Zeuge *dieses* Gottes zu sein. Gabe und Aufgabe der Erwählung gehören untrennbar zusammen und können nur um den Preis von Eigengesetzlichkeiten, Hybris und wachsender Gewalt und Selbstzerstörung voneinander getrennt werden. Von sich aus ist oder hat Israel weder als Volk noch als Staat etwas Exklusives. Der Grund für Israels Erwählung und Volkswerdung liegt allein begründet in der voraussetzungslosen Liebe Gottes (vgl. Dtn 7,7).

Ebenso sind Landbesitz und Staatlichkeit in der Bibel kein Wert an sich. Landbesitz und Staatlichkeit schenken Israel nach der Nomadenzeit einen Ort auf dieser Welt, eine Heimat für zuvor Heimat- und Schutzlose. Landgabe und Staatlichkeit rufen Israel aufgrund seiner eigenen Herkunft und Geschichte zur Realisierung des Bundesrechtes Gottes für das Zusammenleben im geschenkten Land. Nicht das Land allein, sondern die Gabe von Land *und* Recht, von Land zur Realisierung des Rechtes Gottes zum Schutz aller Schutz- und Heimatlosen darf als Zeichen der Treue Gottes ausgegeben werden. Israel ist Verwalter des Landes, Gott aber bleibt sein Eigentümer, damit der Landbesitz nicht vom Gottesrecht abgekoppelt werden kann. Gott kann und er wird seinem Volk das Land auch wieder entziehen, wenn es das Bundesrecht dauerhaft bricht. Selbst diese Katastrophe der Vertreibung versteht die Bibel noch als konsequentes Zeichen der Treue Gottes gegenüber seinem Volk (vgl. Am 3). Das breite Zeugnis der atl.

Prophetie steht für diesen unauflösbaren Zusammenhang von Land und menschlicher Treue zur Gemeinschaftstreue Gottes, vor allem mit den sozial Schwächeren und Fremden im Land.

Die frühe Prophetie kann sogar die Staatlichkeit Israels als jüdische Königs-Theokratie kritisch sehen (vgl. 1.Sam 8,11ff). Staatlichkeit kann demnach auch die Ausbeutung des Gottesvolkes durch die *eigene* Regierung zur Folge haben! Staatlichkeit allein kann darum noch nicht als Heil Gottes ausgegeben werden. Das Königtum Davids wird nur darum gelobt, weil und sofern von seinem Thron „Recht und Gerechtigkeit“ ausgehen (Jes 9,6). Die enge Landtheologie, die Land und Heil untrennbar miteinander verbindet und die Landnahme entgegen der historischen Wirklichkeit mit militärischen Großmachtphantasien ausgeschmückt hat (Richterbuch), ist erst im Exil, wohl als Ausdruck der Hoffnung auf siegreiche Rückkehr und Wiederherstellung der alten Herrlichkeit, entstanden. Aus der Sicht von Heimatlosen und Vertriebenen im Exil ist eine solche Geschichtsdeutung verständlich, in der Hand von religiös und politisch verbohrt Landbesitzern bzw. Landesetzern wird sie zur tödlichen Falle.

Neben der Landtheologie besteht nach biblischen Zeugnis in Israel selbst immer auch eine Diaspora-Theologie, die das Heil Gottes nicht an den Landbesitz oder den Jerusalemer Tempelberg hängt, sondern an die Thora, die gute Weisung Gottes, die durch die Zeiten und Orte der Welt mit dem Volk Gottes mitgeht. Selbst in fremder, heidnischer Umwelt kann und soll das Gottesvolk für das gesamte Gemeinwesen aller Menschen seinen Beitrag liefern (vgl. Jer 29,7: „Suchet der (heidnischen!) Stadt (Babylon) Bestes.“). Diese theologische Tradition gilt es stärker ins Bewusstsein zu rufen. Es wäre zudem ein unrealistischer politischer Irrsinn, alle Menschen jüdischen Glaubens weltweit ins gelobte Land zu rufen. Vielmehr brauchen alle schutzlosen Menschen einen konkreten und sicheren Ort auf dieser Welt, sie brauchen Heimat, Heimat durch Land, Recht und Barmherzigkeit, die jedes verfasste Recht übersteigt.

Bei aller Notwendigkeit einer irdischen Heimat in einem funktionierenden Sozialwesen bleiben alle diesen Heimaten aber immer vorletzte Wirklichkeit gegenüber der letzten Heimat des Menschen allein in Gott. Daran erinnert auch die durch alle Zeiten an alle Orte mitgehende Thora. Den Landbesitz aber von der Schutzbedürftigkeit und der universalem Gerechtigkeit Gottes abzulösen und ihn als Selbstzweck theologisch zu überhöhen, ihn Israel allein zuzusprechen als Zeichen von Gottes Treue und Heil *gegen* die Menschen Palästinas, ist spätestens auf dem Hintergrund der Endlosspirale von Gewalt nicht länger zu verantworten. Schon das atl. Zeugnis nötigt also zu der Frage, ob und wie die zentralen Glaubenstraditionen Israels noch oder wieder neu mit der aktuellen Situation in Israel/Palästina zusammenzubringen sind.

- b) Das Neue Testament bestätigt die Verheißungen und die Erwählung Israels, weil Gott selber seinem Ratschluss treu bleiben will (vgl. Röm 9-11). Es setzt auch die Kirche, als erweiterten Teil des alten Bundes, ins Verhältnis einer kritischen Solidarität mit und gegenüber jeder Form von Staatlichkeit („Gebt dem Kaiser nicht, was Gott gehört!“ . vgl. Mk 12,13ff und Röm 13 mit Offb 13). Es betont die Vorläufigkeit aller weltlichen Heimaten vor der letzten, in Christus schon angebrochenen, aber in seiner Vollendung noch ausstehenden Wirklichkeit des Reiches Gottes (vgl. Hebr 14,13). Das verflüchtigt nicht die irdischen Heimaten, aber es relativiert sie in ihrer Endgültigkeit als vermeintlich menschlichem und dann mit Gewalt festzuhaltendem „Besitz“ und stellt sie bleibend unter Gottes gerechten Frieden, der höher ist als unsere Vernunft (Phil 4,7).

Zugleich hat Gott sich in Christus an die Seite aller Opfer von Unrecht und Gewalt gestellt. Mit der Auferstehung des Gekreuzigten schenkt Gott allen Entwürdigten dieser Welt ihre Würde zurück und setzt sie ins Recht. Christus tritt zugleich fürbittend und vergebend für die Schuldenerkenntnis und Umkehr der Täter ein und verteufelt sie nicht. So kommt der Gott Israels in Jesus Christus zu uns Heiden. Für uns liegt in ihm der Beginn und die Ermöglichung einer Versöhnung zwischen Opfern und Tätern in jeder Zeit, für alle Zeit. Wir sind als Christen hier wie dort von Gott aus allen anderen Bindungen dieser Welt herausgerufen, als glaubwürdige Zeugen dieser universalen Versöhnungstat zu handeln in Wort und Tat. Dies gilt im Bezug auf Israel/Palästina besonders für uns Christen aus Deutschland.

3. Wie gehen wir mit dem Kairos-Palästina-Dokument um?

a) Der eigene Kontext

Als in relativer Sicherheit und Recht lebende Europäer sprechen wir nicht die Sprache der Opfer. Wir leben nicht in diesem täglichen Gewaltkontext. Selbst als Besucher in Palästina können wir immer nur begrenzt Anteil nehmen. Wir können als Besucher wieder gehen, die Palästinenser müssen bleiben. Wir können aber ihrem Leid möglichst nahe kommen, indem wir versuchen, uns in ihre Lage zu versetzen, um ihre Bedürfnisse, Entbehrungen, Sehnsüchte und Hoffnungen zu spüren, als seien es unsere eigenen. Handlungsleitend für die Wahrnehmung aller Menschen in der Nachfolge Jesu ist seine Frage: „Wer von diesen dreien, meinst du, ist der Nächste dem geworden, der unter die Räuber gefallen ist?“ (Lk 10,36, vgl. auch die Gerichtsrede Mt 25,40).

b) Anteilnahme und Dialog statt Belehrung

Solidarisierung mit den Opfern bedeutet nicht ihre Immunisierung gegen sachliche Kritik. Diese ist aber im gegenseitigen Hören aufeinander und im Gespräch miteinander zu klären. Wir sollten Begegnungen suchen, die Verfasser des Kairos-Palästina-

Dokumentes und ihre Gemeinden einladen, besser noch: sie besuchen, um ihre Lebenswirklichkeit am eigenen Leib wahrzunehmen und zu teilen. Eine Theologie im Elfenbeinturm, fernab der Leiden Gottes in der Welt, verbietet sich für eine Kirche des Gekreuzigten und Auferstandenen von selbst.

c) Einseitigkeit? Ausgewogenheit?

Die Opfersprache des Kairos- Dokumentes ist notwendig einseitig. Sie beschreibt die Unerträglichkeit der eigenen Situation, die nur mit Widerstand von innen und durch Hilfe und Druck von außen überwunden werden kann. Wir Mitchristen sind weltweit aufgerufen in der Gemeinschaft des Glaubens, Hoffens und Liebens zu handeln. Handeln in Liebe bedeutet Handeln im Widerstand gegen Unrecht und im beharrlichen Kampf für das Recht zum Schutz der Schwächeren und für die Würde und Umkehr der Täter von Unrecht und Gewalt. Unsere Geschwister dort brauchen unseren Einsatz hier in Europa. Der Vorwurf mangelnder Auseinandersetzung des Kairos-Dokumentes mit palästinensischer Gewalt gegen Israel verkennt die konkrete Situation der Verfasser als christliche Minderheit in der muslimischen Mehrheitsbevölkerung Palästinas. Der Vorwurf zeigt die Realitätsferne des sicheren Elfenbeinturms. Es ist klüger, mutiger und auch wirksamer, wenn das Kairos-Dokument positiv zum gemeinsamen *gewaltfreien* Widerstand *aller* aufruft, als Kritik am palästinensischen Terror zu üben, die eine Gefährdung aller Christen darstellen würde und die weitere Destabilisierung und Zersplitterung Palästinas zur Folge hätte. Verantwortliche Solidarität mit gewaltfreiem Handeln kann kein ernsthaftes Interesse an einer solchen Destabilisierung haben.

d) Kritische statt einseitige Solidarität

Die Solidarität mit den palästinensischen Menschen darf nicht zur Verteufelung Israels führen. Auch darf die Treue der Kirche zu ihrer Wurzel Israel nicht zur Sprachlosigkeit und Blindheit gegenüber faktischem Unrecht vor Gott und den Menschen führen. Es kann nur um eine kritische Solidarität sowohl mit den Palästinensern wie auch mit Israel gehen. Da die jeweilige Situation beider Völker aber eine andere ist, muss sich auch die Form unserer Solidarität konkret und spezifisch an diese Situation anpassen. Unsere Solidarität mit Palästina kann nur darin bestehen, seine spezifischen Leiden im biblischen Sinne zu „erkennen“ und für die konkrete Umsetzung der ungeteilten Menschenrechte in allen ihren Lebensbereichen einzustehen. Unsere Solidarität mit Israel kann nur darin bestehen, seine Leiden ebenso zu „erkennen“ und Israel zu ermutigen und zu drängen, sich in seiner augenblicklichen Entfremdung wieder an die eigene Identität und Herkunft zu erinnern, erwähltes Volk *des* Gottes zu sein, der das Recht der (Kriegs-)Witwen, (Kriegs-)Waisen und Fremdlinge sucht und aufrichtet als Friedenszeichen für alle Völker.

e) Jedes Leid spezifisch wahrnehmen und würdigen

Weil Gott in Christus selber Opfer *in Person* wurde, können wir die Sprache der Opfer weder „objektiv“ einordnen, noch können wir sie durch das Leid der anderen Seite relativieren und dadurch kleiner machen. Das Leid der Palästinenser ist als Leid der Palästinenser ganz und gar wahr zu nehmen und ernst zu nehmen. Das Volk Israel hat seine eigene, spezifisch andere Opfergeschichte in Vergangenheit und Gegenwart. Auch die gilt es in vollem Umfang wahrzunehmen und ernst zu nehmen. Das konkrete persönliche Leid einer palästinensischen Mutter, die ihre Tochter im Bombenhagel der Israelis verloren hat, wiegt genauso schwer, wie das Leid eines israelischen Vaters, dessen Sohn als junger Soldat bei einem palästinensischen Selbstmordattentat ums Leben gekommen ist. Kein Leid kann und darf gegen das andere aufgerechnet werden. Und doch ist die Opfersituation der Palästinenser heute in vielfacher Hinsicht eine andere als die Opfersituation Israels. Die einen erleben ihre Opfersituation aus der Sicht von Besetzten, die anderen aus der Sicht als Besatzer. Beide werden je auf ihre Weise ihrer Würde als freie Menschen Gottes beraubt. Der Unterdrückte ist von der Realisierung freien Menschseins ebenso entfremdet wie der Unterdrücker. Das subjektive Leid der Unterdrückten und das objektive Leid der Unterdrücker schreien beide, mit allerdingst anderer Stimme, nach dem gleichen gerechten Frieden Gottes.

- f) Historische und aktuelle Schuld in verantwortliches Handeln heute verwandeln
Die Sprache der Opfer löst Schuldgefühle bei uns aus: „Denen geht's schlecht, wo es uns hier so gut geht!“ Der natürliche Reflex des Menschen auf Schuldgefühle ist die Abkehr von den Leidenden, die die Schuldgefühle in uns auslösen, der Versuch zu harmonisieren, und auch die Abwendung von denen, die Unrecht und Leid anderer beim Namen nennen. Die Situation der Opfer sucht aber gerade unsere Mitmenschlichkeit, sie fragt nach *unserem* Ort, nach *unserem* Verhalten, *unserer* Mitverantwortung. Der freie Umgang mit dem Kairos-Dokument setzt die Bereitschaft und Fähigkeit zur Überwindung unserer Schuldabwehr und die Übernahme von Mitverantwortung als Mit-Mensch voraus. Christen stehen durch Christus im Licht der Vergebung Gottes, die dazu befreit, Schuld selber annehmen und konkret aussprechen zu können.

Es gibt neben subjektiven Schuldgefühlen eine objektive Schuld oder Mitschuld für das jetzige Leid in der Region Israel/Palästina, besonders bei uns Deutschen. Sie im Lichte der Vergebung Gottes nicht zu benennen und zu bekennen, hieße nicht nur die Barmherzigkeit Gottes leugnen, es bedeutete auch, die alten Fehler zu wiederholen, den gerechten Frieden für Israel/Palästina zu verfehlen, das Leiden der Menschen zu verlängern und die Gefahr eines in der Region zündelnden Weltbrandes zu vergrößern.

Der industrielle Massenmord Deutschlands an den Juden führte verständlicher Weise zu einem hohen Schutz- und Sicherheitsbedürfnis der Überlebenden: „Niemals wieder wehrlos sein und vernichtet werden!“ Nach dem Krieg sah die Völkergemeinschaft die

größte Sicherheit Israels in der Bildung eines jüdischen Staates, allerdings auf Kosten der Palästinenser. Der durch Deutschland verursachte Holocaust ist damit indirekt bis heute eine Ursache auch der palästinensischen Leiden. Darum ist die Verantwortung Deutschlands für Israel nicht von der Verantwortung für das palästinensische Volk zu trennen. Das Schuldbekenntnis gegenüber Israel muss das Schuldbekenntnis gegenüber den Palästinensern einschließen, auch und gerade in der Kirche. Zugleich kann die Übernahme heutiger Verantwortung aus dem Holocaust gerade *nicht* in der einseitigen Stärkung Israels liegen, sondern in der Stärkung einer für *alle* Frieden stiftenden verbindlichen Rechtsordnung im Geiste der unteilbaren und unveräußerlichen Menschenrechte. Sie allein kann den Kampf um das Recht des Stärkeren beenden. Die einseitige Solidarität mit Israel schadet Israel bis zur Existenzgefährdung und sie schadet den Palästinensern ebenso. Wir erkennen in dieser Einseitigkeit den Ausdruck unserer Schuldgefangenheit, die immer noch stärker ist als der freie, verantwortliche Einsatz für die ungeteilte Menschentreue des einen Gottes und seine Solidarität mit den Entrechteten einer jeden Zeit.

Der am 29.11.1947 beschlossene UN-Teilungsplan und die am 14. Mai 1948 vollzogene Staatsgründung Israels auf dem Territorium des früheren britischen Mandatgebietes Palästina führte zur gezielten Zerstörung vieler Dörfer, zu Flucht und Vertreibung von 700.000 Palästinensern, der „Nakba“. Die Staatsgründung Israels zeigt den positiven Willen der Völkergemeinschaft zu einer zeitnahen Gründung einer verlässlichen Heimat für die Überlebenden der Shoa, daneben aber unverkennbar auch eine große Unüberlegtheit und die unbedachte oder billigend in Kauf genommene Härte ihres Vorgehens gegen die dort ebenfalls wohnende palästinensische Bevölkerung. Bei soviel Druck unter Ausblendung aller abzusehenden Konsequenzen für die Zukunft wird wohl nicht nur die Sicherheit des jüdischen Volkes handlungsleitend gewesen sein, sondern auch die Kompensation eigener Schuld der Völkergemeinschaft, die ungezählten verfolgten Juden auf der Flucht in großer Breite das Asylrecht verweigerte und sie an ihren Grenzen abwies. Diese Schuld suchte und brauchte ebenfalls einen schnellen „Ausgleich“. Doch Schulddruck ohne genaue Schuldanalyse lässt uns die Fehler der Vergangenheit an anderer Stelle wiederholen. Statt der Aufrichtung von Heimatrecht und Sicherheit für *alle* Menschen, brachten Staatsgründung und Nakba ein durch die internationale Gemeinschaft selbst geschütztes einseitiges Recht Israels. So produzierte die Schuld aus dem eigenem Versagen auch hier neues Unrecht als Quelle neuer Gewalt.

Mitschuldig am aktuellen Leid der Palästinenser ist auch die unreflektierte Rede von der „Sicherheit Israels als unlöslichem Teil der deutschen Staatsraison“. Die augenblickliche Israelpolitik Deutschlands und der EU ist ein Spiegelbild dieser alten Schuldverflechtung und latenten Einseitigkeit. Es liegt kein Segen auf der Praxis: U-Boote für Israel, mitfinanziert durch deutsche Steuergelder, aber Krankenhäuser aus

EU-Mitteln für Gaza, hier also Stärkung der Macht, dort das Austeilen von Almosen und Wundpflastern. Almosengabe und schuldgeleitete Rüstungsgeschäfte sind das Gegenteil einer freiheitlichen, nachhaltigen und gerechten Friedensordnung.

Deutschland hat durch seine historische Schuld in der Tat eine unabweisbare, besondere Verantwortung für die Sicherheit Israels. Aber wenn Verantwortung sich aus einem Schuldgefühl heraus einseitig auf einen Staat oder ein Volk bezieht statt in der Stärkung der universalen Menschenrechte *für alle*, droht gutgemeinte Solidarität zur Kumpanei zu werden, die Unrecht und Gewalt nicht mehr beim Namen nennt, sondern fördert.

Zudem ist der Sicherheitsbegriff Deutschlands für Israel militärisch verengt. Wir haben als Christen in Deutschland und Europa die Aufgabe, gegenüber allen Kirchenleitungen und politisch Verantwortlichen unser prophetisches Wächteramt gegenüber diesen Fehlstellungen wahr zu nehmen. Die weitere Unterstützung der Sicherung Israels *vor* den Palästinensern bedeutet die Verlängerung der Gewaltspirale. Es muss um die gemeinsame Entwicklung einer Sicherheitspartnerschaft Israels *mit* seinen Nachbarn gehen. Deutschland und die EU können und müssen hier aufgrund ihrer Geschichte und ihrer Kompetenz unter dem Dach der UNO eine führende Rolle einnehmen. Zu diesem Umdenken ist jede Bundesregierung zu ermutigen und aufzurufen.

Die schon litaneiartige Bekräftigung, dass Israel die „einzige Demokratie westlicher Prägung im mittleren Osten“ sei, und darum politisch wie militärisch gestärkt werden muss, ist ebenfalls bedenklich und darf nicht länger zur Inkaufnahme von Unrecht an den Palästinensern herhalten. Zum einen kann an der Glaubwürdigkeit eines Staates gezweifelt werden, der sich einerseits selbst als demokratischer Rechtsstaat versteht und seine israelischen Staatsbürger nach Zivilrecht, aber andererseits die unter Besatzung lebenden Palästinenser nach Militärrecht behandelt. Das gleiche Zweiklassensystem besteht bei der Freizügigkeit und dem Zugang zu Wasser, Bildung, Krankenversorgung, Arbeit oder Straßenbenutzung. Die Demokratie darf nicht zum Etikett verkommen, hinter dem alles möglich ist. Sie muss ein permanenter Selbst- und Fremdanspruch zur Prüfung und Erneuerung der gesellschaftlichen Realität bleiben. Es ist ein folgenschwerer Widerspruch in sich selbst, wenn Rechtsstaatlichkeit aufgespalten und nur den eigenen Bürgern zugestanden wird. Die Demokratie in der Region kann wohl nur geschützt und vielleicht sogar ausgebaut werden, wenn die Rechte aller Menschen wirklich gleich verteilt sind. In einer immer noch ausstehenden israelischen Staatsverfassung könnten diese Grundwerte im Falle einer Ein-Staaten-Lösung für alle gleichermaßen garantiert und einklagbar festgeschrieben werden. Diese bis heute nicht entwickelte Verfassung ist der Ermöglichungsgrund für Doppelstandards und staatliche Willkür.

Die Nichtanerkennung des Existenzrechts Israels durch einen Großteil der arabischen Welt wird ebenfalls als Rechtfertigung für die Militarisierung der Israelischen Gesell-

schaft gegen innere und äußere Feinde genannt. Die augenblicklichen Entwicklungen im gesamten Nahen Osten verschärfen die Sorge um die Sicherheit Israels zu Recht. Doch die Sicherheit Israels wird langfristig nicht mit seiner weiteren Aufrüstung wachsen können, sondern vielmehr durch kluge und engagierte internationale Verhandlungen, durch vertrauensbildende Maßnahmen und Verträge nach Außen und ungeteilte Gerechtigkeit nach innen für alle Bürger gleichermaßen. Israel kann darauf hoffen, als positive Ordnungsmacht den Sumpf des Fundamentalismus und Terrors bei sich und anderen eher auszutrocknen, wenn es selber für Fundamentalismus und Terror keinen Anlass mehr bietet. Zudem kann der internationale Terror, so lehrt die Geschichte immer wieder, nicht durch militärisches Handeln neutralisiert werden - das heizt ihn nur weiter an - sondern viel eher durch Teilhabe aller und durch konsequentes internationales polizeiliches Handeln unter dem Dach der UNO und den konsequenten Stopp von Rüstungsexporten in Krisengebiete, auch und gerade bei uns in Deutschland. So kann der Staat Israel für die nach neuen Wegen suchenden Gesellschaften in seiner instabilen arabischen Umwelt eine echte Alternative leben, die zur Nachahmung anstiftet.

Gleichzeitig hat die Völkergemeinschaft die Aufgabe, den Bürgern Israels und Palästinas den umfassenden, zur Not auch massiven polizeilichen Schutz zuzusichern, um die Politik Israels und den Gegenterror so vom Zwang zur gewaltsamen „Selbstverteidigung“ zu befreien. Niemand kann Richter in eigener Sache sein. Der Friede in Palästina ist langfristig nur möglich, wenn die Gewaltspirale durch den Aufbau einer internationalen Gewaltenteilung unterbrochen wird und die UNO das Selbstverteidigungsrecht stellvertretend für ein bedrohtes Volk übernimmt, so wie es innerhalb eines Rechtsstaates schon lange die deeskalierende Aufgabe der Polizei ist. Was innerhalb eines Staates gut für alle Menschen ist, muss mittel- und langfristig auch zwischenstaatlich entwickelt werden, damit die Falle militärischer Gewalt endlich überwunden wird.

Mitverantwortung für das fortdauernde Leiden der Menschen in Israel/Palästina tragen schließlich auch die unbeachteten Resolutionen der UNO gegen Israel, Israels Ignoranz und die Untätigkeit der UNO bei dieser Nichtbefolgung. Israels prompte Ausrufung weiterer massiver jüdischer Wohnungs- und Siedlungsbauten in Ostjerusalem und der Westbank darf nicht hingenommen werden. Eine UNO, die sich selbst nicht mehr ernst nimmt und ihren Worten nicht Taten folgen lässt, schafft sich letztlich selbst ab und gefährdet das Völkerrecht und den Weltfrieden. Alle Nationalstaaten stehen in der Verantwortung, die UNO personell, politisch und finanziell mehr zu stärken und demokratischer zu gestalten, als das bisher geschehen ist.

g) Kaufverzicht?

Das EMOK-Papier lehnt den Aufruf zum Kaufverzicht gegenüber Produkten aus den zu unrecht aufgebauten jüdischen Siedlungen in der Westbank ab. Es sieht den Aufruf in gefährlicher Nähe zur Nazi-Parole: „Deutsche, kauft nicht bei Juden!“. Ob und in welchem Maße Boykottmaßnahmen Sinn machen, ist eine noch zu diskutierende Frage. Unabhängig aber von dem Für und Wider in der Sache zeigt dieser Analogieschluss zwischen deutscher Vergangenheit und israelischer Gegenwart die Verkennung der konkreten Situation. Vermutlich geschieht auch das durch eine in unserer Evangelischen Kirche offenbar immer noch bestehende subtile Gefangenschaft in Schuldgefühlen gegenüber Israel, die eine freie, aufgeklärte Verantwortlichkeit aus dem Holocaust, die ausnahmslos jedem Menschen, unabhängig von seiner Herkunft, Nationalität, Rasse, Religion volle Menschenwürde und Menschenrechte zuspricht, gerade verhindert. Es geht bei dem Aufruf zum Kaufverzicht nicht darum, nicht bei „Juden“ zu kaufen, weil sie Juden sind, auch wenn dieses Argument gewiss von jenen benutzt werden wird, die alles tun, um die Vergangenheit für ihre gegenwärtigen Eigeninteressen zu instrumentalisieren. Wir dürfen uns um des gerechten Friedens willen von dieser Ideologie nicht die Urteilsfähigkeit und Handlungsfreiheit rauben lassen. Sie ist selber ein Teil der Gewalt- und Kriegskultur und ihrer ideologischen Rechtfertigung. Bei dem Aufruf zum Kaufverzicht geht es vielmehr darum, keine Waren zu kaufen von Menschen, die neben Palästina auch Israel langfristig schaden, weil sie sich fremdes Land widerrechtlich auf Kosten anderer angeeignet haben und auch weiter aneignen, staatlich geduldet und gefördert und religiös gerechtfertigt. Es geht beim Kaufverzicht um ein Mittel internationalen gewaltfreien Handelns gegen eine staatliche Politik, die die systematische Zersiedlung der Westbank und Ost-Jerusalems trotz angekündigter Zweistaatenregelung über Jahre und Jahrzehnte aktiv gefördert hat, immer noch duldet, bzw. sie jetzt sogar offen aggressiv einsetzen will. Der Kaufverzicht beabsichtigt den Aufbau von notwendigem Außendruck, um Israel vor weiterem Unrecht gegen Gott und die Menschen zu bewahren und den Palästinensern das Land und Recht zurück zu geben, das ihnen zusteht. Es geht wie im Kampf gegen die Apartheid in Südafrika um das internationale Einklagen von Recht gegenüber Rechtlosigkeit. Man kann gegen das Mittel des Kaufverzichts sein. Aber man kann und darf ihn nicht mit dem Nazi-Unrecht auf eine Stufe stellen oder sich durch diesen Vorwurf zur Untätigkeit erpressen lassen. Gewaltfreies Handeln im Geiste Jesu ist zudem mehr als eine gewaltfreie Gesinnung, es ist ein aktives Tun, das die Bereitschaft der Übernahme von Schuld einschließt, wenn schlimmeres Unheil verhindert werden muss.

h) Unsere Hoffnung – unser Handeln

Wir spüren die tiefen Schuldverflechtungen zwischen Israel und Palästina, aber auch zwischen Israel/Palästina hier und Deutschland wie Europa und der Völkergemeinschaft dort. Die Kirchen haben ihre historische Schuld an ihren jüdischen Geschwistern in weiten Teilen angenommen und im jüdisch-christlichen Dialog viel für die Versöhnung

getan, auch über ihre eigene Theologie und Glaubenspraxis hinaus gelernt und lernen noch. Es ist viel Gutes gewachsen im jüdisch-christlichen Miteinander in Deutschland und weltweit. Dieser Dialog darf nicht enden, er muss weitergeführt werden. Aber er darf die Spannungen, das Unrecht und die Leiden nicht verwischen, vor die die Realität uns stellt. In diesen Leiden erkennen wir Gottes Leiden an der Welt und zugleich Gottes Leidenschaft für die Welt, für Opfer und Täter auf je ihre Weise. Der jüdisch-christliche Dialog hat dann eine Zukunft, wenn er gemeinsam gegen den Bruch von Völkerrecht und den Terror das Wort ergreift im Namen des verheißenen *gerechten* Friedens. Wir werden dem gerechten Frieden dann am besten dienen, wenn wir uns vor dem Gott Israels und dem Vater Jesu Christi versammeln, ihn allein verehren und uns allein von seinem Frieden leiten lassen. Von ihm können wir unsere eigene Schuldverstrickung in die Liebe zum ungeteilten Recht verwandeln lassen, das sich gerade am Wohlergehen der Schwächeren realisiert. Wir müssen Realisten sein, um an die Möglichkeit dieses Wunders zu glauben und uns auf den Weg zu machen.

Ob sich dann am Ende wirklich eine Zweistaatenlösung herauskristallisiert, ist aufgrund der von Israel selbst geschaffenen Realitäten in der Westbank z.Zt. mehr als unwahrscheinlich. Ein jüdischer Staat wird auch kaum in der Lage sein, gleiches Recht für alle zu gewähren, vor allem dann nicht, wenn er die eigenen Glaubens- und Rechts-traditionen verfremdet und entstellt. Wir können zudem das enge Ineinander von Religion und Staat im Islam nicht kritisieren, es aber für Israel gut heißen. Es lauert immer eine Gefahr für Staat und Religion wenn sie vermischt werden. Es lauert ebenso Gefahr, wenn sie kategorisch voneinander getrennt werden. Aufgrund der für Israel fast unmöglichen Räumung aller jüdischer Siedlungen im Westjordanland ist das Modell eines weltanschaulich neutralen demokratischen Rechtsstaates für Juden und arabische Christen und Muslime gleichermaßen vielleicht realistischer, oder eine dritte, noch ganz unbekannte Lösung oder Zwischenlösung. Das wird die Zukunft erweisen, und das müssen die Menschen selber und miteinander entwickeln in einem langen Prozess unter dem Dach der UNO. Entscheidend wird aber sein, auf allen Ebenen in Kirche, Staat und Völkergemeinschaft immer wieder mit dem *gerechten* Frieden anzufangen in der Ehrfurcht vor dem einen Gott und seiner ungeteilten Zuwendung zu allen Menschen, statt weiter an einem faulen, ungerechten Burgfrieden festzuhalten, der endlos weitere Opfer auf beiden Seiten produzieren wird. Der Friede in Israel/Palästina ist für uns kein Thema neben anderen Themen. Der Friede in Israel/Palästina hat eine Schlüsselfunktion für den Frieden der ganzen Welt.

Im Namen des Theologischen Arbeitskreises Ostfriesland:

Gesine Janssen, Uttum; Dr. Eberhard Mechels, Irhove; Bert Gedenk, Emden

Emden, den 31. Januar 2013